

WEITERSTADT AKTUELL

November 2024

Inhalt

Wo drückt der Schuh?.....	1
Kommunale Energiewirtschaft.....	1
Kitas: Reduktion Öffnungszeiten...	2
Kampf für den Erhalt des Ohlystiftes in Gräfenhausen.....	2
Wie steht es um die Finanzen?.....	3
Wilhelm Leuschner gab sein Leben für die Demokratie.....	4
Umbau Schlossschule geht voran..	4

Sie haben Lust, sich politisch zu engagieren oder möchten nur bei bestimmten Themen mitarbeiten? Wir freuen uns auf Sie! Mehr Infos unter: www.spd-weiterstadt.de

Impressum

V.i.S.d.P: SPD Ortsverein Weiterstadt,
Alexander Koch, Bahnhofstraße 10,
64331 Weiterstadt, Auflage: 10.000 Stück
Redaktion: Annette Aulich,
Benjamin Gürkan, Alexander Koch

Termin für Bürgermeisterwahl steht

Die nächste Bürgermeisterwahl in Weiterstadt wird zusammen mit der Bundestagswahl am 28.9.2025 stattfinden.

Digitale Poststation in Braunshardt

Braunshardt hat endlich wieder eine Poststation, bei der Briefe und Pakete digital aufgegeben und abgeholt werden können. Die Station befindet sich in der Forststraße neben der Sporthalle.



Wo drückt der Schuh?

SPD-Fraktion lädt zu Stadtteilgesprächen zum Thema Finanzen



Steigende Personalkosten, unvorhersehbare Mehrausgaben für Bauprojekte, ungeplante Investitionen, zum Beispiel in das Kanalnetz, und viele freiwillige Leistungen wie Vereinsförderung, Hallenbad, Bürgerhäuser und das Schloss setzen den städtischen Haushalt unter Druck. Durch die Rezession und wegbrechende Gewerbesteuererinnahmen ist das Thema Finanzen aktueller denn je. In Zeiten knapper öffentlicher Kassen, steigender Steuern und Gebühren stellt sich immer wieder die Frage nach der Prioritätensetzung. An welcher Stelle sollte gespart werden, was ist unverzichtbar für unsere Stadt und unsere Lebensqualität? Die SPD-Fraktion Weiterstadt möchte hierzu mit Ihnen ins Gespräch kommen und lädt herzlich zu Stadtteilgesprächen in allen fünf Stadtteilen ein und fragt: "Wo drückt der Schuh?"

Nach einem kurzen Vortrag über die Ist-Situation kommen wir gemeinsam in die Diskussion über Prioritäten, Notwendigkeiten und womöglich auch Verzichtbares. Abgerundet wird der Abend mit einem Fragebogen, bei dem Sie Ihre Meinung sagen können, welche Projekte Ihnen persönlich wichtig sind und was Sie uns schon immer mal sagen wollten.

Die Termine im Überblick:
07.11., 19 Uhr, Weiterstadt (Bürgerzentrum)
13.11., 19 Uhr, Schneppenhausen (Bürgerhaus)
19.11., 19 Uhr, Braunshardt (Bürgerhaus)
28.11., 19 Uhr, Gräfenhausen (Bürgerhaus)
04.12., 19 Uhr, Riedbahn (Rathaus)

Kommunale Energiewirtschaft verbessern

SPD-Fraktion stellt Antrag zum Heizungs austausch und zur Analyse der Ist-Situation

Die SPD hat gemeinsam mit dem Kooperationspartner FWW für die Stadtverordnetenversammlung am 14. November einen Antrag zum Thema Kommunale Energiewirtschaft eingereicht. Steigende Energiekosten und sich verschärfende Regeln treffen auch Weiterstadt. Der Antrag hat drei Kernthemen: Zunächst soll der in die Jahre gekommene Energiebericht aktualisiert und Anfang 2025 vorgelegt werden. Der letzte Energiebericht aus dem Jahre 2011 listete de-

tailliert den energetischen Zustand städtischer Gebäude und Heizungsanlagen auf und gab Hinweise und Perspektiven zur Sanierung der Anlagen. Im zweiten Teil des Antrages soll die Stadt ein von der KfW neu aufgelegtes Förderprogramm für Kommunen zum Heizungsaustausch prüfen und, wo es sinnvoll ist, in Anspruch nehmen. Die KfW fördert den Einbau einer neuen klimafreundlichen Heizung in kommunalen Gebäuden mit bis zu 35%. Dadurch könnten sowieso

geplante Sanierungen vorgezogen und schneller dauerhaft Betriebskosten eingespart werden. Als drittes und letztes Thema des Antrages soll die Stadt einen Bericht über den Stand der gesetzlich vorgeschriebenen kommunalen Wärmeplanung geben und eine weitere Perspektive aufzeigen. Die Kooperation aus SPD und FWW möchte die Stadt im Energiebereich gut aufstellen und die Themen rechtzeitig und konsequent angehen.

Kitas: Stärkung der Kernzeiten durch Stundenreduktion

Öffnungszeiten für Krippen und Kitas müssen wegen Personalmangel reduziert werden

Auch vor Weiterstadt macht der Personalmangel bei Kitas und Krippen nicht Halt. Obwohl die Weiterstädter Politik seit Jahren die Bedingungen für das Erziehungspersonal stetig verbessert hat, gibt es zu wenig Bewerbungen auf die offenen Stellen für städtische Krippen und Kitas. Das hat nun erste nachteilige Konsequenzen: Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung Anfang Oktober eine Reduktion der Betreuungszeiten beschließen müssen.

Dieser Schritt wurde notwendig, weil der Markt an qualifiziertem Erziehungspersonal leergefegt ist und durch die enorme Belastung des bestehenden Personals immer wieder Notfallpläne aktiviert werden mussten. Die Stadt Weiterstadt hat lange mit sich gerungen, ob sie diesen Schritt den Stadtverordneten vorschlagen soll, da es familienpolitisch ein Rückschritt ist. Doch die Fürsorge gegenüber dem Personal, das schon seit geraumer Zeit einen hohen Krankenstand hat, wog am Ende stärker. Denn zur Wahrheit gehört auch dazu, dass alle Eltern und Kinder darunter leiden, sobald wieder Notfallpläne aktiviert werden müssen, weil die Personaldecke zu dünn ist. Die Randzeiten



frühmorgens sowie spätnachmittags werden nur von rund 10% der Eltern in Anspruch genommen. Diese Zeiten wurden nun reduziert bzw. teilweise abgeschafft. Die Stadt bietet ab sofort nur noch 45 Wochenstunden statt wie bisher 50 Stunden zur Betreuung an. Als Ausgleich werden in den Krippen zusätzliche Zeitmodelle angeboten.

Der Fachkräftemangel im Bereich Erziehung ist ein deutschlandweites Problem, das in bevölkerungsstarken Regionen wie dem Rhein-Main-Gebiet nochmal stärker durchschlägt als andersorts. Selbst organisatorische und finanzielle Anreize wie ein höheres Gehalt im Vergleich zu anderen Kommunen, konnten nicht zu einer Entspannung in Weiterstadt beitra-

gen. Diese Fakten sollten auch politische Mitbewerber zur Kenntnis nehmen statt in ihren Publikationen falsche Behauptungen aufzustellen. Die Reduktion der Öffnungszeiten wurde beschlossen, um die Kernzeiten zwischen 7 und 16 Uhr zu stärken, diese verlässlich anbieten zu können und damit das Personal zu entlasten und nicht, wie falsch behauptet wird, um Geld zu sparen.

Die SPD wird, sobald sich eine Entspannung beim Personal abzeichnet, als erste eine Rückkehr zum alten Modell mit mehr Stunden auch in den Randzeiten beantragen. Ob die Maßnahmen zur Entspannung beim Personal beitragen, soll eine Evaluation nach zwei Jahren klären.

Kampf für den Erhalt des Gräfenhäuser Ohlystiftes

Zukunft des Alten- und Pflegeheimes ist ab Ende 2025 ungewiss - Gespräche laufen



Anfang September informierte die Stadtverwaltung über den Ende 2025 auslaufenden Pachtvertrag für das Ohlystift in Gräfenhausen. Die AWO als Betreiberin des Alten- und Pflegeheimes könne sich zwar einen Weiterbetrieb vorstellen, forderte aber umfassende Sanierungs- und Umbauarbeiten von der Stadt als Eigentümerin des historischen Gebäudes. Aus Sicht der AWO ist das Haus in der aktu-

ellen Form nur schwierig wirtschaftlich zu betreiben. Das Seniorenheim wäre unter anderem zu klein und auch die Zimmerstruktur sei nicht optimal. Um zusätzliche Plätze zu schaffen, müsste das Ohlystift erweitert werden. Die Flächen hierfür wären im Innenhof zwar vorhanden, scheitern aber am Denkmalschutz und an der Siedlungsbeschränkung durch Fluglärm. Auch eine Sanierung im Bestand bzw.

laufenden Betrieb gestaltet sich gerade bei einem Seniorenheim äußerst schwierig. Seit Jahren laufen schon Gespräche zwischen Stadt und AWO, die bisher aber leider fruchtlos blieben.

Die SPD-Fraktion Weiterstadt brachte deshalb eine Initiative ein, die auch im Oktober in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde. Ziel der Initiative ist es, den Betrieb des Ohlystifts als Seniorenheim auch nach dem 31.12.2025 sicherzustellen. Hierzu soll im ersten Schritt eine Verhandlungskommission mit dem Ziel gebildet werden, den Pachtvertrag mit der AWO um drei Jahre zu verlängern. Dadurch soll Zeit gewonnen werden, um eine langfristige Lösung zu entwickeln. Manfred Dittrich, Initiator des Antrages, unterstrich in seinem Redebeitrag die Notwendigkeit: "Wir stehen für den Erhalt und Ausbau von Alten- und Pflegeeinrichtungen in Weiterstadt und wollen das Ohlystift Gräfenhausen als Seniorenheim mitten im Ort unbedingt für unsere Senioren und Pflegebedürftigen erhalten."

Wie steht es um die kommunalen Finanzen?!

Rezession und Gewerbesteuerrückzahlungen zwingen die Stadt auch weiterhin zum Sparen

Aktuell steht es nicht so gut wie sonst, um die kommunalen Finanzen in Weiterstadt. Als gewerbestarke Kommune war Weiterstadt in den letzten Jahren verwöhnt von hohen Steuereinnahmen. Die hohen Gewerbesteuerzahlungen durch Unternehmen bedeuteten in der Vergangenheit geringere Steuern und Gebühren für Bürgerinnen und Bürger.

Doch in Zeiten der Rezession und hohen Rückzahlungen der Gewerbesteuer fallen diese Einnahmeausfälle natürlich deutlich auf. Die Grundsteuer musste bereits angepasst werden und liegt dennoch deutlich unterhalb der Hebesätze vergleichbarer Kommunen in der Region. Doch damit ist die Lage noch nicht entspannt. Für den Haushalt 2025 müssen weitere Einsparungen vorgenommen werden. Die Verwaltung wurde beauftragt, zum Haushaltsplan 2025, der voraussichtlich Anfang nächsten Jahres vorgestellt wird, weitere Vorschläge zu Kosteneinsparungen vorzulegen.

Personal, freiwillige Leistungen, Abarbeitung der Pflichtleistungen - alles muss auf den Prüfstand. Zum jetzigen Zeitpunkt stellen sich die klassischen Fragen der sogenannten Haushaltskonsolidierung. Sofern die Stadt ein Haushaltssicherungskonzept aufstellt, erhält sie auch Zuschüsse vom Land Hessen für eine Beratung zum Thema kommunale Finanzen. Die Stadtverordnetenversammlung hat darüber hinaus ein Organisationsgutachten beauftragt. Damit sollen organisatorische und finanzielle Optimierungspotenziale gefunden werden. Doch angesichts der Haushaltslage ist die Erstellung dieses Organisationsgutachtens zurückgestellt worden.

Die größten Ausgaben der Stadt sind neben der Kreisumlage die Personalkosten. Hier ist das Personal für Kitas und Krippen neben der Kernverwaltung der größte Einzelposten. Wenn an der Personalschraube gedreht wird, heißt das oft aber auch, dass Leistungen reduziert werden, länger dauern oder nicht mehr in der gleichen Qualität angeboten werden können.

Eine weitere Einsparmöglichkeit ist die Reduktion oder gar Abschaffung sogenannter freiwilliger Leistungen. Eine Stadt ist gesetzlich nicht verpflichtet, diese Leistungen bereitzustellen. Zu den größten Einzelposten im Bereich der freiwilligen Leistungen zählen unter an-



derem: Hallenbad, Schloss, Bücherei, Bürgerhäuser sowie Vereins- und Kulturförderung. Diese freiwilligen Leistungen tragen erheblich zur Lebensqualität von Weiterstadt bei und demzufolge will an dieser Stelle auch kaum jemand sparen. Ob die Stadt im Rahmen der Haushalts-sicherung an Kürzungen in diesem Bereich vorbeikommt, bleibt fraglich.

Im Bereich der gesetzlichen Pflichtleistungen einer Kommune, wie z.B. dem Einwohnermeldewesen, darf die Leistung an sich zwar nicht abgeschafft, aber in der Qualität reduziert werden. Das bedeutet dann in der Konsequenz meistens Personaleinsparungen mit der Folge von längeren Bearbeitungszeiten. Ein kurz- und mittelfristiger Hebel zur Verbesserung kommunaler Finanzen ist das Verschieben von Investitionsmaßnahmen, vor allem bei großen Investitionen, wie der Sanierung städtischer Gebäude. Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben und oft schlagen in die Zukunft verlagerte Investitionen mit höheren Kosten zu Buche.

Letztes Mittel zur Haushaltsverbesserung sind Erhöhungen von Steuern und Gebühren. In der Regel will das aber niemand, genauso wenig wie Einsparungen. Doch spätestens hier muss man sich dann ehrlich machen und fragen: Was ist uns unsere Stadt wert? Was brauchen wir zwingend und auf was können wir verzichten? Diesen Dialog will die SPD mit der Bevölkerung bei der Veranstaltungsreihe "Wo drückt der Schuh?" führen (siehe Seite 1). Neben allen genannten Maßnahmen steht auch die Frage im Raum, wie solche Engpässe in Zukunft besser abgedeckt werden können.

Mehrere Jahre konnte Weiterstadt den Haushalt über eine Rücklage ausgleichen. Die Rücklage bestand vor allem aus den Einnahmen der Grundstücksverkäufe vom Gewerbegebiet West. Wenn eine Stadt so stark von der Gewerbesteuer abhängig ist, macht es Sinn, wieder neue Rücklagen für Engpässe zu bilden. Doch aktuell ist das noch Zukunftsmusik.

Grundsteuerreform: Neuberechnung des Steuerbetrages

Ab 2025 gilt die neue Grundsteuer. Die meisten Eigentümer haben vom Finanzamt ein Schreiben mit dem neuen Grundsteuermessbetrag für ihr Grundstück erhalten. Jetzt erfolgt eine Anpassung des Grundsteuerhebesatzes durch die Stadt Weiterstadt mit dem Ziel, aufkommensneutral zu bleiben. Das heißt, die Steuereinnahmen für die Stadt bleiben unter dem Strich gleich. Für den einzelnen Steuerzahler kann es aber Unterschiede

zum bisherigen Steuerbetrag geben. Manche zahlen mehr, andere weniger. Um Ihren individuellen Steuerbetrag auszurechnen, wird der Grundsteuermessbetrag mit dem Grundsteuerhebesatz multipliziert (geplante Grundsteuer B: 835). Wenn zum Beispiel der Messbetrag bei 77 Euro liegt, dann ist die neue Grundsteuer: 77 Euro mal 835 Hebesatz geteilt durch 100 ergibt den jährlichen Grundsteuerbetrag von 642,95 €.

Wilhelm Leuschner gab sein Leben für die Demokratie

Weiterstädter Sozialdemokraten erinnern an den von den Nazis ermordeten Widerstandskämpfer

Die SPD Weiterstadt hat am Vormittag des 29. September am Wilhelm-Leuschner-Platz vor der evangelischen Kirche in Weiterstadt an den auf den Tag genau vor achtzig Jahren von den Nazis ermordeten Gewerkschafter, Sozialdemokraten und einstigen hessischen Innenminister Wilhelm Leuschner (1890-1944) erinnert.

Dr. Alexander Koch, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Weiterstadt, beschrieb den Anwesenden in seiner Würdigung Wilhelm Leuschner als herausragende Persönlichkeit, der mit seinem unbeirrbaren Widerstand gegen den Nationalsozialismus und für seinen Einsatz für Demokratie und Menschlichkeit von den Nationalsozialisten hingerichtet wurde. In seiner Ansprache betonte Alexander Koch treffend, wie wichtig es ist, solche Persönlichkeiten in Erinnerung zu



behalten, sein Erbe und seinen Mut zu würdigen, besonders in Zeiten, in denen demokratische Werte wieder bedroht sind. Leuschner steht für den Widerstand gegen Unterdrückung und für die Verteidigung der Demokratie. "Es ist entscheidend, dass wir aus der Geschichte lernen und uns aktiv gegen Rechtsex-

tremismus und Populismus einsetzen. Die Erinnerung an Wilhelm Leuschner und seinen Kampf für eine gerechte Gesellschaft sollte uns alle inspirieren, für unsere Werte einzutreten und unsere Demokratie zu schützen", so der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Alexander Koch abschließend.

Umbau der alten Schlossschule in eine Kita geht voran

Eröffnung voraussichtlich im Frühjahr 2025 - evangelisches Dekanat übernimmt Trägerschaft der Kita

Anfang September besichtigte die SPD-Fraktion die "alte Schlossschule" im Zentrum Gräfenhausens und konnte sich ein umfassendes Bild über den Fortgang des Umbaus in eine Kita machen. Verwaltung und Planer standen den Fragen der Stadtverordneten dabei Rede und Antwort und führten durch die Baustelle. Die Bauarbeiten liegen aktuell im Zeitplan und kommen gut voran. Die Sanierung eines bestehenden Gebäudes ist immer eine schwierige Aufgabe, in diesem Fall ist es durch die historische Bausubstanz aber eine besondere Herausforderung, die die Planer immer wieder vor knifflige Situationen stellte. Der Denkmalschutz machte ebenfalls Vorgaben, die einzuhalten sind. Durch die städtische Nutzung einer Kita können so zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. "Es werden dringend benötigte Kita-Plätze geschaffen und gleichzeitig ein für Gräfenhausen ortsbildprägendes Gebäude erhalten und saniert", erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Benjamin Gürkan, der selbst in der alten Schlossschule einen Teil seiner Grundschulzeit verbrachte und als Vater von drei Kindern froh über jeden zusätzlichen Kita-Platz ist.

Die modernen Gruppenräume sind bereits gut erkennbar. Eine ehemalige Schule bietet sich vom Raumkonzept



als Kitaumbau an. Die technische Gebäudeausstattung ist bereits sehr weit fortgeschritten, momentan steht der Trockenbau an. Die deutlich größeren Heizkörper machen einen späteren Betrieb durch eine Wärmepumpe jederzeit möglich. Der optimierte Brandschutz ist bereits abgeschlossen und macht das Gebäude durch das neue Konzept sicherer.

Der Umbau wurde auch durch zahlreiche Förderungen durch das Land möglich. Alle Fördertöpfe wurden ausgeschöpft, so zum Beispiel bei den Dach- und Fassadenarbeiten. Mit der Fertigstellung wird bis Ende des Jahres gerechnet, wobei die Gestaltung der Außenanlagen mit Spielplatz noch etwas Zeit in Anspruch nehmen und voraussichtlich ab Mitte kommenden

Jahres in Betrieb genommen werden. SPD-Fraktionsvorsitzender Lukas Harnischfeger lobt die Arbeiten und das integrierte Konzept: "Wie wir sehen können, war es trotz einiger Kritik die richtige Entscheidung, dieses Gebäude, das immer mehr vor dem Verfall stand, jetzt zu sanieren und als Kita für die Stadt zu nutzen. Besonders freut uns auch, dass der Spielplatz der Kita ab 17 Uhr für alle Kinder zugänglich ist."

In der Stadtverordnetenversammlung am 5. September wurde die Trägerschaft an das evangelische Dekanat Darmstadt vergeben, das in Zukunft die Kita betreiben wird. Damit kommt die Stadt auch ihrem Ziel nach, mehr Kitas durch externe Träger betreiben zu lassen.